

NATIONALE BEKANNTMACHUNG

31.10.2025

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Verfahren: VGF 210/25 - VARR-Bahnsteigverlängerung Varrentrappstraße =>
Planungsleistungen Verkehrsanlagen

Auftraggeber: Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)

DETAILS ZUR BEKANNTMACHUNG

1) Bezeichnung und die Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)
Kurt-Schumacher-Str. 8
60311 Frankfurt am Main
Deutschland
+49 6921323300

vergabestelle@vgf-ffm.de

2) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung [UVgO]

3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

4) Gegebenenfalls in den Fällen des § 29 Absatz 3 die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen

Keine vertraulichen Vergabeunterlagen.

5) Art und Umfang der Leistung sowie den Ort der Leistungserbringung

VARR-Bahnsteigverlängerung Varrentrappstraße =>
Planungsleistungen Verkehrsanlagen

Das Frankfurter Straßenbahnnetz wird weiter ausgebaut und um neue Linien erweitert. Unmittelbar vor der Haltestelle „Varrentrappstraße“, stadteinwärts gesehen, werden zwei Streckenäste, einer davon eingleisig, zusammengeführt. Im weiteren Verlauf führt die Strecke in Richtung Messe.

Aufgrund einer hohen Zugdichte ist die Haltestelle bereits jetzt stark belastet.

Geplant ist eine Verdichtung der Zugfolge auf dem eingleisigen Abschnitt durch eine weitere Linie, sowie eine zusätzliche auf dem zweigleisigen Ast.

Als Folge ist zu erwarten, was durch eine Verkehrssimulation bestätigt wurde, dass es häufiger zu Situationen kommt, in der Bahnen in der Haltestelle stadteinwärts nachfolgende Bahnen im eingleisigen Abschnitt blockieren und damit auch die Freigabe der Strecke für den Verkehr in Gegenrichtung verhindern. So können sich zusätzlich auch stadtauswärts die Bahnen aufstauen.

Geplant ist daher die Erweiterung der Haltestelle stadteinwärts zur Doppelhaltestelle und die Auslegung für 40 m lange Bahnen.

Im Bereich dieser Haltestelle befindet sich bereits jetzt ein alter Baumbestand, der sich auch im Bereich der geplanten Verlängerung fortsetzt.

Bei einer Gesamtbreite von ca. 3,5 m wird vor den Bäumen die erforderliche Mindestbreite ab Bahnsteigkante von 1,5 m punktuell nicht eingehalten.

Die geplante Verlängerung der Haltestelle soll in gleicher Weise gestaltet werden. Die Zuwegung zur Haltestelle erfolgt zukünftig zweiseitig von der Fußgängerquerung an der Kreuzung Varrentrappstraße/Hamburger Allee und Emil-Sulzbach Str/Hamburger Allee. Der Baumbestand ist politisch sehr sensibel, somit besteht nicht die Möglichkeit einer Baumentnahme.

Ort der Leistungserbringung:
60439 Frankfurt am Main

6) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Losweise Ausschreibung: Nein

7) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

8) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Von: 08.12.2025 Bis: 31.12.2027

9) Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

10) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist

Teilnahme- oder Angebotsfrist: 20.11.2025 10:00:00
Bindefrist: 05.12.2025

11) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen

Keine

12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

Die Zahlbarmachung des Skontos ist auf 14 Tage festgelegt.

13) Die mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen verlangt

Der Bietende hat folgende Unterlagen mit dem Angebot einzureichen und folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:

- Nachweis der Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister (bei Bietergemeinschaften ist eine Bestätigung je Mitglied erforderlich)
- Umsatz des Büros der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (mind.: 65.000,- €/Jahr)

I. Eignung Projektleitung

1. Sie muss den Nachweis einer mindestens 5 jährigen Berufserfahrung von Projekten der Verkehrsanlagen im städtischen Bereich vorzuweisen
2. Die Projektleitung hat mindestens die geforderte Berufsqualität Ingenieur/in: B.Sc. / B.Eng. / Dipl.-Ing. / Dipl.-Ing. (FH) / Dr.-Ing. oder höher
3. Erklärung (Anlage 10.1) von mindestens 3 Projekten der Verkehrsanlagen, davon mindestens 1 im Rahmen eines Straßenbahn-Infrastruktur projektes nach BO-Strab, in den letzten 5 Jahren.
Bei den Referenzprojekten muss das Netto-Bauvolumen mindestens 0,4 Mio.€ betragen.

II. Eignung stellvertretender Projektleitung

1. Sie muss den Nachweis einer mindestens 3 jährigen Berufserfahrung von Projekten der Verkehrsanlagen im städtischen Bereich vorzuweisen
2. Die Projektleitung hat mindestens die geforderte Berufsqualität Ingenieur/in: B.Sc. / B.Eng. / Dipl.-Ing. / Dipl.-Ing. (FH) / Dr.-Ing. oder höher
3. Erklärung (Anlage 10.1) von mindestens 3 Projekten der Verkehrsanlagen, davon mindestens 1 im Rahmen eines Straßenbahn-Infrastruktur projektes nach BO-Strab, in den letzten 5 Jahren.
Bei den Referenzprojekten muss das Netto-Bauvolumen mindestens 0,4 Mio.€ betragen.

III. Referenzen des Unternehmens

1. Benennung von 5 Referenzprojekten des Büros in den letzten 5 Jahren anhand der in Punkt I. und II. genannten Kriterien.

Angabe, welche Teile des Auftrags als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt werden => Folgende Teile des Auftrags beabsichtige(n) ich/wir als Unteraufträge zu vergeben: "Siehe ausgefüllter Vordruck HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen."

- Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, § 21 Arbeitnehmerentendengesetz und § 19 Mindestlohngesetz
- Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung
- Eintragung im Handelsregister, soweit das Unternehmen eintragungspflichtig ist

Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht und Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)

Verpflichtungs- und Eigenerklärung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten unter Berücksichtigung der Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)

Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen gegen Russland

Vertraulichkeitserklärung zum Vergabeverfahren der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Beim Einsatz von Nachunternehmern hat der Bieter ein Verzeichnis über deren Leistungen (Art und Umfang) mit dem Angebot einzureichen (HVA-L Vorlage 103 Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderer Unternehmer)

Der Nachweis der Eignungskriterien kann – soweit darin enthalten – durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl ist beim Einsatz von Nachunternehmern der o.g. Nachweis der Eignung auch für die vorgesehenen Nachunternehmern wie beschrieben zu führen.

Bei öffentlichen Ausschreibungen behält sich der öffentliche Auftraggeber vor, vor Zuschlagserteilung den Bieter und die Nachunternehmer, an die er den Auftrag vergeben will und die bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt haben oder auf hinterlegte Angaben im Präqualifikationsverzeichnis verwiesen haben, aufzufordern, die einschlägigen Nachweise unverzüglich zur Prüfung beizubringen.

14) Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Niedrigster Preis